

Alexander Gantschow,  
Christian Meyer-Heidemann (Hg.)

# Bürgerbildung und Freiheitsordnung

Politische Bildung als republikorientierte Praxis



**WOCHEN  
SCHAU**  
**WISSENSCHAFT**

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Alexander Gantschow, Christian Meyer-Heidemann (Hg.)

# Bürgerbildung und Freiheitsordnung

Politische Bildung als  
republikorientierte Praxis



Alexander Gantschow, Christian Meyer-Heidemann (Hg.)

# Bürgerbildung und Freiheitsordnung

Politische Bildung als  
republikorientierte Praxis



**WOCHEN  
SCHAU  
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Frankfurt/M. 2023

**[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)**

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
ISBN 978-3-7344-1537-1 (Buch)  
**E-Book** ISBN 978-3-7566-1537-7 (PDF)  
**DOI** <https://doi.org/10.46499/2172>

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Politik und Bildung gehören zusammen – ein Vorwort</b>	<b>7</b>
<i>Alexander Gantschow/Christian Meyer-Heidemann</i>	
<b>Wer ist das Volk? Das Ringen zwischen populistischen Bewegungen und aufklärerischen Eliten</b>	<b>15</b>
<i>Barbara Zehnpfennig</i>	
<b>Was es heißt, ein Politiker zu sein – einige politiktheoretische Anmerkungen und eine Illustration</b>	<b>35</b>
<i>Manuel Fröhlich</i>	
<b>Über die Relativität der Freiheit in der Demokratie</b>	<b>53</b>
<i>Peter Nitschke</i>	
<b>Das Unternehmen als Bürger – eine demokratietheoretische Zumutung</b>	<b>59</b>
<i>Gisela Riescher</i>	
<b>Deformationen des politischen Streitens – eine Gefahr für die Stabilität einer Republik?</b>	<b>81</b>
<i>Joachim Detjen</i>	
<b>Normative Grundlagen der Politikdidaktik</b>	<b>103</b>
<i>Peter Massing</i>	
<b>Bildung als Artikulation menschlicher Möglichkeiten. Ein Versuch über die begriffsgeschichtliche Dimension philosophisch-politischer Bildungsprozesse</b>	<b>123</b>
<i>René Torkler</i>	
<b><i>Amor mundi</i> und die Erziehung zum Politischen – zur impliziten Pädagogik im politischen Denken von Hannah Arendt</b>	<b>149</b>
<i>Alexander Gantschow</i>	

<b>„Ein Selbst ist man nur unter anderen Selbsten.“ – Identitätsbildung als Herausforderung der politischen Bildung</b>	<b>181</b>
<i>Christian Meyer-Heidemann</i>	
<b>Autorinnen und Autoren</b>	<b>201</b>

*„Die Menschen müssen ja im Hinblick auf die jeweilige Verfassung erzogen werden.“  
(Aristoteles)*

*„Um einer Republik die Freiheit zu erhalten, bedarf es jeden Tag neuer Maßnahmen.“  
(Niccolò Machiavelli)*

## **Politik und Bildung gehören zusammen – ein Vorwort**

---

„Die Aufgabe politischer Bildung und politischer Erziehung kann dem politischen Wissenschaftler nicht gleichgültig sein.“<sup>1</sup> Gleich zu Beginn seines Aufsatzes *Motive des Bürgersinns* macht Wilhelm Hennis geltend, dass die politische Bildung nicht ausschließlich die Aufgabe politischer Bildner und Fachdidaktiker sein kann. Politische Bildung gehört in die Mitte der Politikwissenschaft. Von der Gründergeneration der Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg noch als Demokratiewissenschaft verstanden und praktiziert<sup>2</sup>, vernachlässigt die heutige Politikwissenschaft auf dem Weg einer immer weiteren Ausdifferenzierung ihren originären Bildungsanspruch. In diesem reduzierten Verständnis erscheint politische Bildung als Schrumpfform der vollen politikwissenschaftlichen Disziplin und als unliebsame Zusatzaufgabe, die im Rahmen der universitären Lehrverpflichtung abzuleisten ist. Mit solch einem Fachverständnis lässt sich jedoch Politik nicht pädagogisch fundieren. Eine derartige Politikwissenschaft ohne eigenes Bildungsverständnis

---

<sup>1</sup> Hennis 2000, S. 148.

<sup>2</sup> Detjen 2016, S. 17 ff.

und ohne eigenen Bildungsanspruch ist außerstande, den Bürgerinnen und Bürgern den Sinn ihrer politischen Ordnung zu erhellen.

Vor diesem Hintergrund wirkt ein Politikwissenschaftler und politischer Bildner wie Karl-Heinz Breier geradezu aus der Zeit gefallen. Für ihn ist politische Bildung nichts Geringeres als die umfassende Selbstbildung von Bürgerinnen und Bürgern einer Republik. Diese geschieht nicht nur in Schulen und Universitäten, sondern überall dort, wo Menschen zusammenkommen und sich über die öffentlichen Angelegenheiten verständigen. In diesem umfassenden Sinn erscheint die Politikwissenschaft lediglich als ein vergleichsweise kleiner, wenn auch professionell und intentional organisierter Bildungsprozess. Aufgabe der Politikwissenschaft muss es demnach sein, die Vorverständnisse und Denkgewohnheiten zu erkunden, begrifflich zu erhellen und theoriegeleitet zu erweitern. In diesem Sinne hat Karl-Heinz Breier die Politikwissenschaft und politischen Bildung in seiner gesamten akademischen Vita stets zusammengedacht und seine Stimme gegen den Mainstream, der das Pädagogische vom Politischen trennt, gerichtet. Der gemeinsame Ursprung beider Disziplinen – der Pädagogik und der Politikwissenschaft – war für ihn Ausgangspunkt des Denkens. Als *Arendtian* der ersten Stunde – Karl-Heinz Breiers Dissertation erschien 1992 in der Junius-Reihe als *Hannah Arendt zur Einführung* – verbindet der studierte Pädagoge und Politikwissenschaftler auf originäre und originelle Weise die akademischen Disziplinen, die ihren Anfang in der griechischen Antike haben.

Ebenfalls aus der Antike stammt die Einsicht, dass Politik und Bildung der praktischen Philosophie – und nicht der theoretischen Philosophie – zuzuordnen sind. „Nur wo die politische Wissenschaft ihre Herkunft aus der praktischen Philosophie ernst nimmt und damit das gute Gewissen wiedergewinnt, Gerades gerade und Krummes krumm zu nennen, kann sie einen Beitrag zur politischen Bildung und zur Förderung des Bürgersinns leisten.“<sup>3</sup> Eine Wissenschaft hingegen, die sich in ihrem Objektivitätsanspruch eine normative Enthaltensamkeit auferlegt, ist schlichtweg außerstande, für die praktischen Fragen des gelingenden Lebens und Zusammenlebens ethisch-politische Orientierung zu geben.

---

<sup>3</sup> Hennis 2000, S. 158.

Orientierung darf gleichwohl nicht als „imperative Orientierung“<sup>4</sup> missverstanden werden, in welcher die Leitbilder und Grundbegriffe durch Anweisung oder Gebot in Geltung gesetzt werden. Dies gilt auch für die hochschuldidaktische Praxis von Karl-Heinz Breier. Leitbilder müssen für ihn immer *Leitbilder der Freiheit* sein.<sup>5</sup> Darin folgt er Immanuel Kant, der aufzeigt, dass Orientierung *im* Denken autonom gewonnen werden muss. Denn ohne eigenständige Selbstverortung hilft keine kognitive Landkarte. Die Lernenden müssen sich selbst bewusst machen, in welcher geistigen Landschaft sie stehen und was ihnen in dieser Landschaft bedeutsam erscheint. Dieser aufklärerische Anspruch lässt sich jedoch nicht in abgeschiedener Einsamkeit, sondern nur in weltbezogener Gemeinsamkeit verwirklichen.

Für Karl-Heinz Breier ist das Gemeinsame die Republik. In einer Republik kommt der politischen Bildung die Aufgabe zu, die Qualität der politischen Ordnung zu erörtern und deutlich zu machen, dass das Menschsein ausschließlich in einer Freiheitsordnung zur vollen Entfaltung gelangen kann.

*„Polis wie Bürger stehen in einer Beziehung der wechselseitigen Bildung und Formung. Die Polis begnügt sich nicht mit äußerer Handlungskoordination, sie ist eine Seelenbildnerin. Und umgekehrt ist die Seele kein Ort selbstgenügsamer Innerlichkeit; die Seele ist Polisbildnerin. Beide sind die jeweiligen Bildner des anderen, im guten wie im schlechten.“*<sup>6</sup>

Wolfgang Kersting bringt das anthropologische Prinzip Platons auf den Punkt. So wie die Tyrannis die Seelen der Menschen deformiert, so können Menschen nur in einer guten politischen Ordnung ihrer Menschlichkeit gerecht werden. Umgekehrt gewinnt die politische Ordnung ihre Stimmigkeit und Stabilität von der psychischen Wohlgeordnetheit der Menschen, die erungen und erhalten werden muss. Als Selbstbildungsprozess der Bürgerinnen und Bürger ist politische Bildung eine öffentliche Angelegenheit, eine *res publica*.

Das große Verdienst von Karl-Heinz Breier ist es, Bildung als ein dialogisches Geschehen zwischen Vordenkern und Nachdenkern aufzufassen. Die Denker der politischen Theorie halten als Vordenker maßgebliche Einsichten

---

<sup>4</sup> Blumenberg 1981, S. 22.

<sup>5</sup> Breier 2003.

<sup>6</sup> Kersting 1999, S. 78.

bereit, die heute noch bedeutsam sind. Politische Bildung soll dazu anregen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger als Nachdenkende verstehen. Insoweit es gelingt, das Vorgedachte im Dialog zur Sprache zu bringen, können wir die bedachte Sache zum Aufscheinen bringen. „Die Texte der Philosophie sind aus diesem Grund nicht eigentlich Texte oder Werke, sondern Beiträge zu einem durch die Zeiten gehenden Gespräch.“<sup>7</sup> Hans-Georg Gadamer weist daraufhin, dass die klassischen Texte aus der Geschichte des Denkens keine musealen Schaustücke sind. Die Texte aus vergangenen Zeiten haben uns noch etwas zu sagen, weil die in ihnen artikulierten Fragen und Einsichten auch für uns noch bedeutsam sind. Die Fragen des Lebens und Zusammenlebens, die sich den Vordenkern aufdrängten, fordern uns auch heute noch heraus. So gesehen ist Alfred North Whitehead zuzustimmen, der in seinem Buch *Abenteuer der Ideen* auf die Gegenwärtigkeit des Vergangenen hinweist. „Die politischen Streitfragen, die in der Antike diskutiert wurden, sind heute so wenig gelöst wie damals. Die Probleme, über die Platon spricht, sind auch heute noch lebendig.“<sup>8</sup> Jene Fragen, die in der Geschichte des politischen Denkens aufgeworfen wurden und in denen sich der politische Streit artikuliert, behalten auch für uns Heutige ihre Lebendigkeit. Offensichtlich kommt in ihnen etwas zur Sprache, das über die Zeiten hinweg Bedeutsamkeit beanspruchen kann. Es geht im Dialog nicht darum, *name-dropping* zu betreiben und vermeintliche Weisheiten zu zitieren, sondern im Gespräch verschiedene Hinsichten auf ein politisch relevantes Phänomen zur Anschauung zu bringen. Als Nachdenkende ist es uns aufgegeben, *exemplarisch* Vordenker heranzuziehen, ihre Einsichten *kategorial* zu erschließen und uns das Eingesehene *existenziell* anzueignen. Nur in diesem Dreiklang – des Exemplarischen, des Kategorialen und des Existenziellen – kann politische Bildung gelingen.

Vor diesem Hintergrund sind für Karl-Heinz Breier die republikanischen Denkerinnen und Denker zu maßgeblichen Bezugsdenkern geworden. Mit ihnen können wir uns vor Augen führen, dass sich ein freies Leben ausschließlich in einem freiheitlichen, gerechten und solidarischen Gemeinwesen verwirklichen lässt. Solch eine der menschlichen Würde

---

<sup>7</sup> Gadamer 1993, S. 13.

<sup>8</sup> Whitehead 2000, S. 93.

dienende politische Ordnung muss von republikanisch gesinnten und handelnden Bürgerinnen und Bürgern gegründet und bewahrt werden. „The need for civility“<sup>9</sup> bildet die zentrale politiktheoretische und pädagogische Forderung, die im republikorientierten Denken zur Sprache gebracht wird. Ohne Bürgerinnen und Bürger, die sich als Verteidigerinnen und Verteidiger des Politischen verstehen, lässt sich eine Freiheitsordnung weder gründen noch bewahren. Dieses republikanische Verständnis als „habitualisierte Vernünftigkeit“<sup>10</sup> ist die buchstäblich bürgerlich gewordene Vernunft, in der politisches Wissen und ziviles Können ihre weltbezogene Gestalt gewinnen.

In dem Titel dieser Festschrift verdichtet sich der Anspruch von Karl-Heinz Breiers akademischem Denken und Wirken. *Bürgerbildung und Freiheitsordnung* sind konstitutiv aufeinander bezogen: Nur in einer Freiheitsordnung können sich die Bürgerinnen und Bürger im anspruchsvollen Sinne bilden und nur durch politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger gewinnt die Freiheitsordnung ihre Stabilität und Vitalität. Insofern lässt sich *Politische Bildung als republikorientierte Praxis* verstehen.

Mit dieser Festschrift wird das politisch-pädagogische Denken von Karl-Heinz Breier anlässlich seines 65. Geburtstages gewürdigt. Zuhause in der Welt des abendländischen Denkens, weiß Karl-Heinz Breier um den wechselseitigen Bezug von Selbst und Welt, von Person und Institution. Nach eigenen Aussagen war es das Denken Hannah Arendts, welches ihm die geistigen Augen geöffnet hat – geöffnet für den unabdingbaren Weltbezug, in dem wir uns pädagogisch zu selbstständigen Personen und politisch zu weltbezogenen Bürgerinnen und Bürgern bilden.

„Die Philosophen: in Liebe zum Sein (thaumazein). Die Naturwissenschaftler: in Liebe zum Universum. Der Philologe: in Liebe zu Büchern, jeder gute Kommentator liebt das gedruckte Wort. Der politische Wissenschaftler: in Liebe zur Welt, mundus im Gegensatz zu kosmos, etwas, was die Griechen polis nannten, was Menschen tun. Dies beinhaltet: Sorge um die Welt, wir fürchten, daß der Welt der Menschen etwas zustoßen kann.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Pettit 1999, S. 246.

<sup>10</sup> Spaemann 1989, S. 81.

<sup>11</sup> Arendt zitiert in der Übersetzung von Breier 2001, S. 55.

Eine von dieser „Sorge um die Welt“ inspirierte politische Bildung zielt auf eine Beheimatung der Menschen, die in der herausfordernden Welt der Moderne ihre Freiheitsbegabung verwirklichen und die öffentlichen Angelegenheiten gemeinsam begleiten und gestalten.

Als Herausgeber dieser Festschrift gilt unser herzlicher Dank den Autorinnen und Autoren, die aus den Blickwinkeln ihrer jeweiligen Disziplin zu dieser Festschrift beigetragen und damit der „Sorge um die Welt“ ein fachliches Vokabular verliehen haben. Wir danken dem Wochenschau-Verlag, namentlich der Verlegerin Dr. Tessa Debus, für die entgegenkommende und angenehme Zusammenarbeit. Unserem Doktorvater Karl-Heinz Breier gratulieren wir herzlich zu seinem 65. Geburtstag und wünschen ihm weiterhin eine gelingende *vita activa* und *vita contemplativa*.

Kiel, im August 2022

*Alexander Gantschow* und *Christian Meyer-Heidemann*

---

## Literatur

- Blumenberg*, Hans: Die Lesbarkeit der Welt, Frankfurt/M. 1981.
- Breier*, Karl-Heinz: Hannah Arendt zur Einführung, 2. Auflage, Hamburg 2001.
- Breier*, Karl-Heinz: Leitbilder der Freiheit. Politische Bildung als Bürgerbildung, Schwalbach/Ts. 2003.
- Detjen*, Joachim: Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe. Das Verhältnis der Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung, Baden-Baden 2016.
- Gadamer*, Hans-Georg: Zwischen Phänomenologie und Dialektik. Versuch einer Selbstkritik. In: Ders.: Gesammelte Werke 2. Hermeneutik II, Tübingen 1993, S. 3–23.
- Hennis*, Wilhelm: Motive des Bürgersinns. In: Ders.: Politikwissenschaft und politisches Denken. Politikwissenschaftliche Abhandlungen II, Tübingen 2000, S. 148–160.
- Kersting*, Wolfgang: Platons ‚Staat‘, Darmstadt 1999.
- Pettit*, Philip: Republicanism. A Theory of Freedom and Government, Oxford 1999.
- Spaemann*, Robert: Glück und Wohlwollen. Versuch über Ethik, Stuttgart 1989.
- Whitehead*, Alfred North: Abenteuer der Ideen, Frankfurt/M. 2000.



---

*Barbara Zehnpfennig*

## **Wer ist das Volk? Das Ringen zwischen populistischen Bewegungen und aufklärerischen Eliten**

---

Als der Demos, das Volk, wurde im antiken Griechenland zunächst eine zusammen siedelnde Sippe bezeichnet. Später wurden die Dorfgemeinden so genannt und schließlich die Bevölkerung, aus der sich die Polis, der Stadtstaat, zusammensetzte. Schon an dieser anfänglichen Begriffsbildung ist erkennbar, dass mit dem Volksbegriff in irgendeiner Weise eine Einheit gemeint war. Bei der Sippe war es ganz offenbar eine Abstammungseinheit, bei der Dorfgemeinschaft eine zum Teil auf Verwandtschaft, zum Teil auf räumliche Nähe gegründete Einheit. Der Demos, der die Polis bildete und dann ab dem 5. Jahrhundert v. Chr. auch die Herrschaft, also die demokratische Herrschaft, für sich beanspruchte, war demgegenüber schon sehr viel abstrakter. Das Volk der Polis setzte sich aus unterschiedlichsten Familien, Berufen und Ständen zusammen. Geeint war dieses Volk aber durch Religion und Politik: Jeder Polis-Bürger hatte auch an der jeweiligen Polis-Religion teilzunehmen, und er war, zumindest in der Demokratie, ebenfalls aufgerufen, sich in den politischen Institutionen zu engagieren. Ansonsten galt er als „Idioten“, also als ein Mensch, der sich ganz auf das Eigene, das Private zurückzieht und seine Gemeinschaftspflichten vernachlässigt.

Was mit diesem kleinen geschichtlichen Exkurs verdeutlicht werden sollte, ist die Tatsache, dass beim Volksbegriff von Anfang an der Gedanke der Einheit mitschwingt, obwohl diese Einheit, je größer sie wird, umso mehr Verschiedenheit in sich birgt. Die griechische Polis war vom Umfang her überschaubar; in Athen bspw. hatten zur Zeit des Perikles nur etwa 30 –

35.000 Menschen das Bürgerrecht. In unserer modernen, deutschen Demokratie sind es hingegen mehr als 80 Millionen Menschen, die „das Volk“ bilden – eine unüberschaubare Vielfalt an Lebensentwürfen, Lebensformen, Lebenseinstellungen, aber auch eine unüberschaubare Vielfalt an Herkunftsorten. Denn Deutschland ist längst, was man von politischer Seite viele Jahrzehnte lang nicht zuzugeben bereit war, ein Einwanderungsland. Von daher stellt sich die Frage, ob sich die Rede von „dem Volk“ nicht eigentlich auf eine Fiktion bezieht.

Symptomatisch für das Unbehagen, das so mancher mit dem Begriff des „Volkes“ verbindet, war der 1999 entbrannte Streit um die Installation des Künstlers Hans Haacke im Reichstag. Haacke platzierte im Lichthof des Reichstags in großen Leuchtbuchstaben die Worte „Der Bevölkerung“, mit denen er die Inschrift des Portals „Dem Deutschen Volke“ konterkarieren wollte. Denn die Abgeordneten seien „nicht einem mythischen Volke, sondern der *Bevölkerung* verantwortlich“.<sup>1</sup> Hier wurde die im Volksbegriff implizierte Einheit also tatsächlich als rein fiktiv abgetan, eine Sicht, die in der öffentlichen Diskussion allerdings auch auf heftige Gegenreaktionen stieß. In dieser Diskussion vermengte sich Verschiedenes – die Frage, ob es nicht Ausdruck völkischen Denkens sei, vom Volk als Einheit auszugehen, die Debatte um die Einwanderung und die Auseinandersetzung um eine deutsche Leitkultur. Auf jeden Fall zeigte sich, wie umstritten der Volksbegriff ist,<sup>2</sup> und dass der in ihm mitschwingende Gedanke der Einheit für die einen unverzichtbar, für die Vertreter der Diversität aber unzeitgemäß und aufgrund der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit auch ein für alle Mal kontaminiert ist.

In der Spaltung zwischen diesen beiden Lagern offenbarte sich ein noch tieferliegender Gegensatz, der erhebliche politische Sprengkraft in sich birgt: der Gegensatz zwischen einer aufklärerischen Elite, die gegenüber jenen, die noch immer der ihrer Meinung nach geschichtlich überholten Kategorie des „Volkes“ anhängen, einen fortgeschrittenen Bewusstseinsstand reklamieren, und einer Vielzahl von Mitbürgern, die sich Belehrungen darüber, was sie richtigerweise zu denken haben, verbitten. An der Debatte über den Begriff

---

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/print-welt/article561263/Der-deutschen-Bevoelkerung.html>, abgerufen am 15.1.2022.

<sup>2</sup> Dazu Zehnpfennig 2017, S. 215–220.

des „Volkes“ manifestierte sich also ein grundlegender Konflikt zwischen einer Meinungs- bzw. Deutungselite und Bevölkerungsteilen, die sich in ihren andersgerichteten Auffassungen nicht geachtet oder sogar von den Deutungseliten bevormundet fühlen.

Dieses Phänomen, diese Spaltung innerhalb der Gesellschaft beschränkt sich nicht auf das Verhältnis zu Deutungseliten, sondern umfasst auch das zu den politischen Eliten – ein Grund für das Erstarken populistischer Bewegungen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in so gut wie allen westlichen Demokratien.<sup>3</sup> Nennenswerte Teile der Bürgerschaft glauben sich von den führenden Schichten im Staat nicht mehr hinreichend repräsentiert; sie fühlen sich ihnen entfremdet. Deshalb suchen sie nach politischen und gesellschaftlichen Kräften, zu denen sie einen unmittelbaren Zugang haben, die ihren Willen zu exekutieren bereit sind und die sie in ihrer Auffassung bestätigen, das eigentliche Volk zu sein.<sup>4</sup>

Was nun im Folgenden unternommen werden soll, ist keine empirische Untersuchung zur Elitenkritik populistischer Bewegungen oder zur Beanspruchung des Volkbegriffs durch bestimmte Bevölkerungsteile. Der Ansatz ist vielmehr theoretisch-strukturell: Es geht um grundlegende Denkstrukturen, die sich in dem genannten Konflikt zeigen und die in sich betrachtet und analysiert werden sollen. Weil bei der Frage, wer das eigentliche Volk ist, das Entfremdungsphänomen zwischen Elite und Volk eine wichtige Rolle spielt, soll im ersten Schritt noch einmal ein kurzer Blick in die Geschichte geworfen und geprüft werden, wie frühere Bewusstseinseliten ihr Verhältnis zum Volk gedeutet haben; in diesem Abschnitt geht es also um das Thema „Aufklärer“ und „Aufklärung“. In einem zweiten Schritt ist zu fragen, wer das Volk in der Demokratie eigentlich ist, um damit auf die strukturellen Probleme des demokratischen Regierens einzugehen, die vielleicht verstehbar

---

<sup>3</sup> In der Populismusforschung wird oft darauf verwiesen, dass Elitenkritik ein wesentlicher Bestandteil des populistischen Aufbegehrens gegen das Bestehende ist, vgl. z. B. *Decker/Lewandowsky* 2011. Das gilt aber nicht nur für den Rechtspopulismus, wie es manche Publikationen nahelegen, die sich ausschließlich mit der rechten Variante des Populismus befassen (s. z. B. *Zick* 2017). Zur Elitenkritik vgl. auch *Ackermann* 2020, S. 117–122.

<sup>4</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Versuch von linker Seite, ein neues Volk ‚zu konstruieren‘, um damit Projekten, die als emanzipatorisch verstanden werden, die erforderliche politische Stoßkraft verleihen zu können. Konsequenter verbindet die Autorin Chantal Mouffe damit auch ein Plädoyer für einen „linken Populismus“ (*Mouffe* 2018, S. 72 f.).

machen, wieso sich viele Menschen im politischen Prozess nicht wiederfinden. Und im abschließenden dritten Schritt soll es um die populistische Kritik an den Eliten gehen.

## **1. Die Aufklärer als Bewusstseinselite**

Es ist keineswegs so, dass das, was man normalerweise mit dem Begriff der „Aufklärung“ verbindet, also jene emanzipatorische Bewegung im Europa des 17./18. Jahrhunderts, historisch erstmalig oder einmalig gewesen wäre. Aufklärungswellen gab es immer wieder, und zwar meistens dann, wenn alte Traditionen brüchig geworden waren und diejenigen, die das Fragwürdige der Tradition durchschaut zu haben meinten, sich berufen fühlten, die anderen zu einer neuen Sichtweise zu befreien. Diesem Impetus folgten in der griechischen Antike die Sophisten, in der frühen Neuzeit die Humanisten und ab dem 17. Jahrhundert dann jene englischen, französischen und deutschen Denker, die wir im engeren Sinn als Aufklärer verstehen: z. B. Locke, Hume, Diderot, Voltaire, Kant und Lessing.

Wirft man einen vergleichenden Blick auf die Aufklärungsbewegungen, die den größten historischen Abstand voneinander haben, nämlich auf die antike und die moderne Variante, erkennt man gleichbleibende Muster, die die Zeiten überdauerten. Denn was macht in der Sicht ihrer Vertreter ihren Bewusstseinsvorsprung vor dem einfachen Volk aus? Das soll zunächst an der Antike geklärt werden. Das meiste, was wir von den damaligen Aufklärern, den Sophisten wissen, entstammt den Werken Platons. In ihnen spielen die Sophisten eine wichtige Rolle, und sie werden als umherreisende Weisheitslehrer gekennzeichnet. Die Weisheit, die sie lehren, betrifft letztlich alle Wissensgebiete, doch die entscheidende Kompetenz, die sie vermitteln, ist, wie man in seinen eigenen und den politischen Angelegenheiten erfolgreich sein kann, also wie man sich verhalten soll, wenn man sich persönlich durchsetzen will. Das nennen sie Tugend, und man sieht, dass sie mit diesem Tugendbegriff der traditionellen Ethik den Todesstoß versetzen.

Denn der traditionelle Tugendbegriff forderte die Orientierung des Menschen am göttlichen Recht, an der überlieferten, z. B. vom Adel geprägten Sitte usw., also keineswegs am eigenen Wohl. Der Maßstab für den Menschen war immer etwas ihm als Einzelnen Überragendes, etwas ihm Überlegenenes. Die Sophisten aber wenden den Blick zurück auf den Menschen und

behaupten seine Autonomie. Berühmt geworden ist in diesem Zusammenhang das Diktum des Protagoras: „Aller Dinge Maß ist der Mensch, der seienden, daß sie sind, der nicht-seienden, daß sie nicht sind.“<sup>5</sup>

Wie sich durch die Sophisten das Bild des Menschen gewandelt hat, erklärt Protagoras mittels eines wiederum von Platon überlieferten Mythos.<sup>6</sup> Danach wurde der Mensch bei seiner Erschaffung benachteiligt, weil er anders als die Tiere nur eine sehr mangelhafte physische Ausstattung bekommen hatte, um sein Überleben zu sichern. Zum Ausgleich bekam er aber göttliche Fähigkeiten: die Weisheit der Athene und das technische Vermögen des Schmiedegotts Hephaistos. Mit seinem Intellekt und seinem handwerklichen Können konnte der Mensch also nun seine körperliche Unterlegenheit kompensieren. Doch es gelang ihm nicht, unter seinesgleichen Frieden zu halten, ihm fehlte die *techne politike*, die politische Kunst. Diese bekam er nun von Zeus „nachgeliefert“, und ausdrücklich sollte die politische Kunst, die politische Tugend an alle gleichermaßen ausgeteilt werden; sie sollte nicht Sache der Spezialisten sein.

Damit legt Protagoras nahe, dass in den politischen Dingen jeder urteilsfähig ist. Das ist die Konsequenz seines Ansatzes, den Menschen zum Maßstab für alles zu machen. Die Demokratie wird damit zum adäquaten Ausdruck des Glaubens an die gleiche Verteilung von Urteilskraft, die sich nicht zuletzt in politischer Kompetenz äußert. Allerdings ergibt sich daraus ein logisches Problem: Wozu bedarf es noch der Lehre der Sophisten, wenn die Menschen das entscheidende Wissen schon in sich tragen? Die Antwort des Protagoras auf diesen Einwand ist ausweichend: Da faktisch *nicht* jeder die geforderte Tugend aufweise, müsse sie also doch auch gelehrt werden, und dafür seien die Sophisten nun einmal besonders geeignet. Offenbar besteht das überlegene Wissen der sophistischen Aufklärer darin, den Menschen erst bewusst zu machen, dass sie über das Entscheidende schon verfügen und keines weiteren Maßstabs mehr bedürfen.

---

<sup>5</sup> Diels/Kranz 1960, S. 263.

<sup>6</sup> Platon 1990, 320c – 322 b. S. dazu auch Hansen 2019.

Das führt unmittelbar zum modernen Aufklärer Kant, der das Werk der Aufklärung bekanntlich darin sah, den Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszuführen.<sup>7</sup> Auch hier geht es darum, den Menschen aus seinen früheren Bindungen, nicht zuletzt der Religion,<sup>8</sup> zu lösen und ihm klar zu machen, dass er sich nicht länger fremdbestimmen lassen soll, sondern selbstbestimmt leben kann und muss. Denn den Maßstab des Richtigen trägt er im Grunde bereits in sich; im Fall Kants in Gestalt des kategorischen Imperativs.<sup>9</sup> Dieser Imperativ der Vernunft fordert jeden auf, sich so zu verhalten, dass sein Verhalten zum Gesetz für die anderen werden könnte. Die menschliche Vernunft tritt also an die Stelle des Absoluten, letztlich an die Stelle Gottes, und diese Vernunft hat der Mensch offenbar schon – jedenfalls dann, wenn sie vom Aufklärer in ihm geweckt wurde.

Es zeigt sich also dasselbe Phänomen: Antike und moderne Aufklärung behaupten, den Menschen aus seinen früheren Abhängigkeiten – die Religion, die Tradition, die überkommene Moral – zu befreien, indem sie ihm zeigen, dass er sich nur auf sich selbst besinnen muss, um richtig zu leben. Daraus ergibt sich seitens der Aufklärer aber ein Spannungsverhältnis zwischen der Lehre, jeder habe den Maßstab schon in sich, und der Tatsache der eigenen Lehrerschaft. Die Aufklärer sind Apologeten der Gleichheit und beanspruchen dennoch einen Standort weit über allen anderen. Dieser Widerspruch bleibt, und er erklärt auch, wieso sich irgendwann Aggressionen gegen diejenigen richten können, die die Gleichheit predigen und selbst eklatant dagegen verstoßen. Das könnte auch einer der Gründe für die gegenwärtige Elitenkritik sein, die sich nicht zuletzt gegen jene meinungsbestimmenden Gruppierungen wendet, welche unter dem Signum der Gleichheit doch in sehr anti-egalitärer Weise bestimmte Denk- und Verhaltensweisen vorzuschreiben unternehmen.

---

<sup>7</sup> *Kant* 1964c, S. 53.

<sup>8</sup> Zwar zieht Kant daraus keine atheistischen Konsequenzen; schließlich betont er in der Vorrede zur 2. Auflage der „Kritik der reinen Vernunft“, er habe „das Wissen aufheben (müssen), um zum Glauben Platz zu bekommen“ (*Kant* 1964a, S. 33). Doch mit seiner Vernunftkritik hat er den Untergang des metaphysischen Weltbilds zweifellos beschleunigt, weil das, was man als außerhalb des menschlichen Erkenntnisvermögens liegend behauptet, mit hoher Wahrscheinlichkeit irgendwann als rein fiktiv verabschiedet wird.

<sup>9</sup> „Dieser Grundsatz aber bedarf keines Suchens und keiner Erfindung; er ist längst in aller Menschen Vernunft gewesen und ihrem Wesen einverleibt, und ist der Grundsatz der Sittlichkeit.“ (*Kant* 1964b, S. 232).